Leiharbeit in Deutschland.

Kein arbeitsmarktpolitisches Thema der letzen Jahre wird derart kontrovers diskutiert und analysiert wie die Beschäftigungsform der Leiharbeit.

Das Thema hat eine unglaubliche Literaturfülle hervorgebracht.

In der politikwissenschaftlicher Literratur ist die Beschäftigungsform der Leiharbeit wenig diskutiert, Insbesondere die Wechselbeziehung zwischen den Tarifpartner und der Politik.

Zwar findet die Hartz 4 Reformen in der Literatur insgesamt viel Beachtung, aber keine Erklärung über den politischen Wirkungszusammenhang. Was in der Diskussion Beachtung findet, ist die Frage ob die Leiharbeit die ihr zugedachte Funktion Kelbe und Brückeneffekt um Geringqualifizierte zurück in den 1. Arbeitsmarkt zu bringen. Dies Frage ist umfänglich, mit Wirkungsanalysen untersucht worden. Der Befund mittlerweile eindeutig: Ein kleine Prozentsatz von 7% der Personen die in Leiharbeit beschäftigt sind, finden über die leiharbeit einstieg in dauerhalfte Beschäftigung. Für den Großteil der in der Leiharbeit beschäftigen ist stellt Leiharbeit eine Sackgasse da. Es gilt eher die Regel, Einmal Leiharbeit immer Leiharbeit.

Ebenso wird, das was in der Politikwissenschaft als policy-outcome, also die Wirkung dieser Beschäftigungsform auf die Beschäftigen umfangreich, analysiert und diskutiert.

Offen hingegen bleibt Wirkungszusammenhang.

Die Einführung der Leiharbeit hat zu einem massiven und einmaligen Missbrauch des Tarifrechtes geführt. Festzustellen ist dabei, das die Politik, obwohl sie Kenntnis davon hat, diesen Missbrauch duldet. Politik regiert erst auf das Problem Leiharbeit, als fast Zeitgleich die Umwiedmung über fast drei legilaturperioden hinweg. Auffällig ist zudem auch, das Höchstrichterliche Entscheidungen auf die Tarifpartner einen größeren Wirkung haben, als Eine Sichtbare Nachsteuerung, und Einflußnahme auf findet erst seit 2011 statt.

Warum und möglicherweise aus welchen Gründen ignoriert Politik die Wild-West-Methoden. Kann Politikwissenschaft, methodische Erklärungen finden, die das Verhalten erklärenliefern ignoriert Politik die entwicklungen der Leiharbeit. Gab es anderweitige Motive, die für Politik handlungsleitend waren, und erklären diese das Handeln.

Klassische Fragen der Policyanalyse sind hierzu.

Wollen Sie nicht Nachsteuern

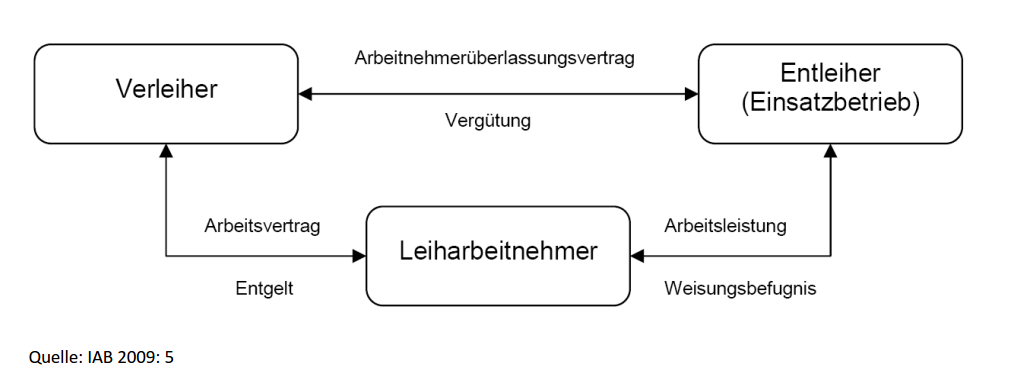
Können Sie nicht Nachsteuern

Mangelnde Information

Mangelnde Problemwahrnehmung

1. Leiharbeit in Deutschland
   1. **Definition Leiharbeit**

Für den Untersuchungsgegenstand gibt es keinen einheitlichen Namen bzw. Bezeichung. Juristisch heißt diese Beschäftigungsform Arbeitnehmerüberlassung (AÜG). Sie bezeichnet die Dreiecksverhältnis zwischen, Verleiher, Arbeitnehmer und Entleiher. Wesensmerkmal der Leiharbeit ist die Trennung von Arbeitsvertrag und Beschäftigungsverhältnis.



Umgangsprachlich finden die Begriffe Leiharbeit und Zeitarbeit auf diese Beschäftigungsform Anwendung. Zeitarbeit und Leiharbeit tragen historisch gewachsen eine politische Konotation. So verwendet die Branche bevorzugt den Begriff Zeitarbeit und versucht den Begriff des Personalleasing zu etablieren. Die eher Gewerkschaftliche Seite verwendet eher den Begriff Zeitarbeit. In die wissenschaftliche Literatur hat sich diese Problematik übertragen. Deshalb soll nachfolgend Arbeitnehmerüberlassung, Zeitarbeit und Leiharbeit synonym verwendet werden.

* 1. **Historische Entwicklung der Leiharbeit in Deutschland**

**Zuständigkeit Bund nicht Länder**

**Exekutiveförderalismus, Warum Klagt das Land Berlin**

In der Deutschland bestand bis zum Urteilt des Bundesverfassungsgerichts[[1]](#footnote-1) vom 4.4 1967 ein gesetzliches Verbot der gewerbsmäßigen Leiharbeit. Rechtshistorisch läßt sich das Verbot der Leiharbeit zurückverfolgen auf ein Gesetz der Weimarer Republik das Leiharbeit verbot. Leiharbeit ist wegen Mißbrauch und Ausnutzung von Arbeitsuchenden Verboten worden. Dieses Verbot ist über das dritte Reich bis in die Bundesreublik hineingetragen worden.

Zur Klage kam es, weil die in Deuschland tätige niederländische Leiharbeitsfirma Adia-Intermin, welche Hausfrauen für stundenweise Bürotätigkeiten in Hamburg vermittelte, gegen den Sozialversicherungsträger klagte, der die Tätigkeit untersagte.

Mit dem Urteil stellt das Bundesverfassungsgericht fest, das das gesetztliche Verbot der gewerbsmäßigen Leiharbeit, gegen das Verbot der Berufsfreiheit nach Art. 12. Abs.1 GG verstieß, und zuzulassen sei. Gleichzeitig führte dieses Urteil zu einem Konflikt, weshalb zeitgleich ein zweites Urteil[[2]](#footnote-2) erging, aber gesondert bekannt geben wurde. Es bestättige das Arbeitsvermittlungsmonopol Bundesarbeitsagentur für Arbeit verfassungsgemäß sei und in der Ausführung beim Staat liege

Das Problem das durch die Zulassung der Arbeitnehmerüberlassung entstand war für das Gericht schwierig vorzunnehmende Trennung von Arbeitsvermittlung und Arbeitnehmerüberlassung vorzunehmen. Es erkannte das in der Tätigkeit der Arbeitnehmerüberlassung auch die Tätigkeit der Arbeitsvermittlung inne liegt. Das BundesVerfassungsgericht erkannt das die Grenzen zwischen beiden Tätigkeiten fließend ist und sah die Gefahr der Anfällig für den Mißbrauch, durch Umgehung des Kündigungsschutzes, der tariflichen Vergütung und oder Urlaubsansprüchen.

Juristisch wurden die Abgrenzungskriterien zwischen zulässiger Arbeitnehmerüberlassung und unzulässiger Arbeitsvermittlung jedoch erst mit der Entscheidung des BSG vom 29.07 1970 bestimmt. Danach gilt, das Arbeitnehmerüberlassung zulässsig ist, wenn der Schwerpunkt der arbeitsrechtlichen Beziehung, zwischen Verleiher und Arbeitnehmer liegt, wofür folgende Voraussetzungen gelten

* Das das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Verleiher muss fortbesteht, während dieser beim Entleiher tätig ist.
* Das Vertragsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Verleiher muss den Einsatz beim Entleiher überdauern.
* Der Verleiher trägt das Beschäftigungsriskio und ist zur Lohnfortzahlung an den Arbeitnehmer während mangelnder Einsatzzeiten beim Entleiher verpflichet.

Relevant für die Leiharbeit sind diese drei Grundsatzurteile insofern, als das sie die Erklärung liefern, woher die gedanklichen Ordnungsstrukturen der Arbeitnehmerüberlassung stammen.

1972 kam es zur gesetzlichen Regulation der Leiharbeit. Hierbei übernahm die Bundesregierung die juristisch vorgezeichneten Grundstrukturen für die Leiharbeit. Anlass für die gesetzliche Regelung war, das infolge des Urteil des BVerfG die Zahl der Verleihunternehmen schlagartig zunahm und Missstände öffentlich wurden[[3]](#footnote-3).

Die Bundesregierung verfolgte mit der gesetzlichen Regelung der AMÜ das Ziel, in erster Line, betroffende Arbeitnehmer zu schützen, Missständen auf dem Gebiet der Leiharbeit vorzubeugen und Verstößen gegen Vorschriften des Arbeits,-Vermittlungs-, Sozialversicherungsrechts-und Steuerrechts wirksam zu begegen. Vgl S.62 Rn12.

Um das Ziel zu erreichen, begrenzte das AMÜ von 1972 die Dauer des Einsatzes für den Leiharbeitnehmer beim Entleihunternehmen auf den Zeitraum von 3 Monaten, Verbot die Befristung von Leiharbeitsverhältnissen zwischen Arbeitnehmer und Verleiharbeitgeber, führte ein Synchornisationsverbot ein und bestimmte gesetztlich das Betriebsrisko beim Verleiher verbleibt. Zudem normierte es die Pflicht zur Lohnfortzahlung in Zeiten Mangelnder Einsatzzeiten des Verleiharbeitnehmers und Verbot die gewerbliche Verleihtätigkeit für den Bereich des Bauhauptgewerbes.

Weitere Schutzvorschrift des AMÜ ist die gewerbsmäßige Leiharbeit unter den Erlaubsnisvorbehalt zu stellten. Für die Erteilung und Kontrolle zuständig ist die Bundesagentur. Neben dem Erlaubsnisvorbehalt der an Bedingungen gekünpft ist, versieht das AMÜ die BA mit dem Recht des Widerrufes der Erlaubnis als Sanktionsinstrument bei schwerwiegend Verstößen des Verleihers gegen seine Arbeitnehmerpflichten.

Zudem führte das AMÜ umfangreiche Dokumentationspflichten und verstärkte den Schutz des Leiharbeites indem es eine Mithaftung des Entleihunternehmes für Sozialversicherungsbeiträge normierte. Auch legte es fest, das bei Verstößen des Verleihers gegen Vorschriften des AÜG insbesondere Sychoronisationsverbot, ein Zustandekommen eines dauerhaften Arbeitsverhältnises beim Entleiher fingierte. S.63

Überdies legte der Gesetzgeber in der Fassung des AMÜ fest im Abstand von 2 Jahren über Entwicklung in der Leiharbeit informiert zu werden.

Der Gesetzgeber begründete die umfangreichen Beschränken damit „ bei der Arbeitnehmerüberlasssung Verhältnise herzustellen, die den Anforderungen des sozialen Rechtsstaates entsprechen und eine Ausbeutung der betroffen Arbeitgeber verhindern.“ [[4]](#footnote-4)

Ergebnis ist:

Das Modell der Arbeitgeberprinzips der Arbeitnehmerüberlassung bildet in der EU die Ausnahme. Weiter verbreitet ist als Modell des Agenturprinzip. Der Verleiher wirkt hier eher wie ein Arbeitsvermittler, während der Verleiharbeitnehmer für die Dauer seiner Beschäftigung einen Vertrag mit dem Entleihunternehmen eingeht.

* 1. 2 Phasen der Entwicklung (Rechtsentwicklung Tabelle)

Seit der Einführung ist das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz mehrfach modifziert worden.

* 1. Hartz 4 und die Zielsetzung der Leiharbeit
     1. ursprüngliche Intentionen

Im Zuge der von Hartz 4 verabschiedeten Reformen am Arbeitsmarkt kam zur Liberalsierungs des bis dato bestehenden Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. In der Kommunikation zur Liberaliserung der Leiharbeit stand jedoch nicht die Gewerbliche Leiharbeit im Focus, sondern die Einrichtung Personal-Service-Agenturen (PSA).

Im Kommissionsbericht wurde die PSA „Herzstück des Abbaus der Arbeitslosigkeit“ betitelt (Hartz.2002, 148). Die Gründung einer PSA erfolgte in der Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit. Zielsetzung war jedem Jobcenter eine PSA beizuordnen.

Die Personal-Service-Agenturen sollten im Rahmen von sogenannter vermittlungsorientierter Arbeitnehmerüberlassung tätig werden. Entleihbetrieben sollte für einen befristeten Einsatz ein Arbeitskräfteangebot zu günstigen Bedingungen bereitstellt werden. Entleihbetriebe sollten über die PSA die Möglichkeit erhalten zuvor Arbeitslose zunächst auf Probe, zu niedrigen Lohnkosten zu beschäftigen. Dazu räumt das AÜG/2003 ein, das in den ersten 6 Wochen eines Leiharbeitsverhältnis ein Gehalt in Höhe des letzten Arbeitslosengeldes vereinbahrt werden kann. In Verleihfreien Zeiten sollten die in der PSA organsierten Arbeitslosen zudem Qualifiziert werden.

Innerhalb der Konstruktion der PSA wurde die Leiharbeit zum Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik aufgewertet. Man versprach sich davon eine erhebliche Reduktion der Arbeitslosigkeit, insbesondere über den sogenannten Brücken-und Klebeffekt. Brücke steht hier für aus der Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt. Klebeeffekt bezieht sich darauf, das entliehens Person, beim Entleiher nach Probe auf Eignung kleben bleibt, konkret ein Arbeitsvertragsverhältnis findet. Man wollte Leiharbeit in diesem Kontext als Rekruting-Instrument für Unternehmen etablieren.

Das Personal der PSA bestand aus gemeldeten Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit, die in die Zuständigkeit der PSA übertragen wurden Vom Personenkreis waren dies zunächst eher Langzeitarbeitslose wie Geringqualifiziert Personen. Die übertragung dieser Personengruppte in die PAS hat zur Folge das diese aus der Arbeitslosigkeitstatisk herausgenommen worden, da sie regulär in ein Beschäftigungsverhältnis mit der PSA eintraten.

Man unterstellte Arbeitslosen Personen, das sie infolge ihrer Langzeitarbeitslosigkeit gewisse berufsbezogene Grundfertigkeiten verloren haben[[5]](#footnote-5). Der Leiharbeit wird konzeptionell eine „acces to work function“[[6]](#footnote-6). In diesem Kontext wurde Leiharbeit beworben als Training on the Job, Lernen am Vorbild anderer[[7]](#footnote-7), Lernen durch Ausprobieren, Sammeln von Erfahrung am Arbeitsplatz, als Form des informellen Lernens und der individuellen Kompetenzentwicklung[[8]](#footnote-8), steigerung der Individuellen Produktivität, postive Signalwirkung für potenzielle Arbeitgeber

Im Vergleich zur gewerblichen Leiharbeit sollte bei der PSA nicht der Verleih zur Gewinnerzielung im Mittelpunkt stehen, sondern die Integration Langzeitarbeitloser in reguläre möglichst dauerhafte Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt. Finaziert wurde die PSA über monatliche Fallpauschalen und erfolgsbezogene Vermittlungsprämien.

* + 1. tätsächliche Entwicklung der PSA

Leiharbeit in der Arbeitsvermittlung.

Zeitarbeit spielt im Bereich der Vermittlung von Arbeitsuchenden und Arbeitslosen eine überproportionale bedeutende Rolle[[9]](#footnote-9). Während der Anteil Zeitarbeit an der Gesamtbeschäftigung gering ausfällt, liegt der Anteil der bei der Bundesagentur für Arbeit als gemeldete offenen Stellen bei über 30 Prozent.

|  |  |
| --- | --- |
| Jahr | Anteil der als offenen gemeldeten Stellen in Prozent  Bundesagentur für Arbeit 2010.10 |
| 2004 | 22,2 |
| 2005 | 29.4 |
| 2006 | 34,0 |
| 2007 | 36,4 |
| 2008 | 35,9 |
| 2009 | 31,3 |
| 2010 |  |
| 2011 |  |
| 2012 |  |
| 2013 |  |

Klebe und Brückeneffekt

Zentral für die politische Auseinandersetzung um die Leiharbeit steht die Frage nach Umfang des Brücken und Klebeeffektes. Das es ihn gibt steht außer Frage.

In der politischen Debatte

Die beschäftigung mit dem Klebe und Brückeneffekt ist nicht nur eine Deutsche. Auch auf anderen europäischen Zeitarbeitsmärken verläuft eine

Der Klebe und Brückeneffekt hat eine Legitimationsfunktion. Er bildet den Ausgleich für die

Ist dieser Effekt nachhaltig, könne Leiharbeit

In der Literatur wird die Frage nach dem Klebe-und Brückeneffekt vielfach aufgegriffen.

Es fehlt jedoch eine kritische Auseinandersetzung mit dem diesem Begriff und seiner Rolle in der poltischen Debatte. Auch wenn empisch der Umfang nicht eindeutig zu ermitteln ist, ist bei von 30%, was bedeutet das 70% keinen Brückeneffekt erleben.

Auf indiviudeller Ebene vermag ist der Brücken und Klebeffekt ein Signal der Hoffung. Grund

* 1. Ideen Vorbilder Flexicryt, europäsiche Beschäftigungstrategie, Niederland, Dänemark

Politik kann die Aufsicht über die Marktbedingungen nicht abgeben.

* 1. Die erklärten Ziele der Leiharbeit
  2. Legitimationsmuster
  3. Das neue AÜG
  4. Tarifdispositv und Equal Pay und Equal Treatment
  5. Das Policyfeld Leiharbeit

Zu 1.1. Historische Entwicklung der Leiharbeit

Das Arbeitsnehmerüberlassungsgesetz geht auf eine Entscheidung des BVerfG vom 04.04 1967 zurück.

Die Einführung der Leiharbeit in den deutschen Arbeitsmarkt erfolgt auf juristischem Wege und nicht politischen Wege.

Diese Entscheidungsgründe sind nach wie vor wichtig und bestimmen die gesetzlichen Regelungen bis heute:

Die Abgrenzung erlaubter Arbeitnehmerüberlassung von unerlaubter Arbeitsvermittlung,

Formulierung von Bedingungen unter den Leiharbeit zulässig ist

Formulierung von Mindestbedingungen für die Rechtsstellung des Leiharbeitsnehmers.

Sicherung für den Leih-Arbeitsnehmer im Falle verbotener Arbeitnehmerüberlassung.

Straf und Arbeitsrechtliche Aspekte

Erlaubnisabhängigkeit

Dokumentiert in den BT-Drs. 6/2303, BT-Drs. 6/3505, zu BT-Drs. 6/3505

Bevor in die Analyse begonnen werden kann, soll das system Zeitarbeit dargestellt werden. Auspolitkwissenschaftlicher Sicht haben wir es hier mit zwei Subsystemen zu tun. Einmal das System Zeitarbeit. Zum andern die Zuständigkeit der Politik für Märkte, Fehlentwicklung,

Welche Theorien können darauf antwort geben.

Was als Frage zu klären ist, wie läßt sich das Wegschauen der Politik erklären, können wirkungsmechanisem entdeckt werden, Mechanisem wirken

Das eigentliche Rätzel liegt jedoch auf der Governance Ebene.-Auch zur Überraschung des Verfasser. Leidiglich

Über die Ursachen kann nur Spekuliert werden. Vielleicht liegt es an der Komplexität des Themas, An dem Erfolgscharater der Beschäftigungsform, oder an der Randständigkeit

Wir haben eine lange Phase des Nichthandels von Seiten der Portlirk

Leiharbeit

Die Frage, wie und nach welchen Regeln Entscheidungen getroffen werden, ist nach Scharpf, zentrales Kriterium der Leistungsfähigkeit politischer Systeme.

Aus dieser Gemengelage erklärt sich, das Politikwissenschaft eine Vielzahl von Ansätzen herausgebildet haben.

Nachfolgend soll ein Überblick gegeben werden, wie Politikwissenschaft auf der Ebene der Theorie, die Frage nach poltischer Entscheidung operationalisiert.

* 1. Entscheidungstheorie

Historisch geht Entscheidungstheorie nicht auf die Politikwissenschaft zurück. Sondern die ersten Ansätze Entscheidungsprozesse zu operationaliseren finden sich bei Neuman und Morgenstern.

Ihre Ziel war, das Handeln von Akteuren durch die Konstruktion erklärbar zu machen.

Policy-Analyse

Policy-Analyse hat in ihrer Entwicklung eine Vielzahl inhaltlicher und methodischer Veränderungen erfahren.

Politikwissenschaft benötigt scharfe Instrumente, um politische Entscheidungen zu hinterfragen.

Da der Zusammenhang von Darstellung und Handlungsebene untersucht werden soll.

In der Planungseuorie der 60ziger Jahre sollte politische Forschung, zur Steuer- und Planungsfähigkeit der Regierung beitragen. Diese Phase der Policy-Analyse, ist vorallem mit dem Namen Easton und seinem Systemmodell verkünft. Für Easton ist das politische System ein Subsystem des gesellschaftlichen Gesamtsystems. Er moduliert dies in einem Input-Output-Modell. Danach benötigt das politische System Input in Form von Unterstützng. Input ist die grundlegende Verbindung ziwschen System und der Umwelt. Die Unterstützung kann hierbei konkret sein oder diffus sein. Der Imput wird durch die Prozessfunktion des poltischen Systems in Form von Interessensaggreagtion, Policy-Making, Politikimplementierung aufgenommen und in Entscheidung umgesetzt.

Die Output-funktion des politischen System besteht im Aufstellen von Regeln, der durchsetzung dieser Regeln sowie der Auslegung und Interpreation dieser Regeln. Gemäß dieses einfachen Funktionzusammenhanges besteht der Policy-Output in Gesetzen, Verordnungen und Erlassen. Ihre Wirkung auf die Umwelt bezeichnet als Policy-Outcome, kann zu Rückkopplungseffekten führen und in einen erneuten Input führen, wenn Entscheidungen, eine Anpassung, Nachsteuerung bzw. Neuausrichtung erfordern.

Bewertung.

Dieses Modell der Vorstellung der Funktionsweise erweist als sehr abstrakt. Entscheidener ist jedoch, das es Handlungslogiken von Akteuren nicht erfaßt. Ebenso läßt es keine Rückschlüsse auf Entscheidungs und Willensbildungsprozessen zu. Dieses einfache Modell ist deshalb durch Modelle des Policy-Zyklus ersetzt worden

**Der Policy-Zyklus**

In den 80ziger Jahren Policy-Zyklus nimmt in den Fokus den prozeßcharakter von Politik. Entscheidungen entstehen prozessual aus dem Ineinandergreifen verschiedender Handlungsstränge. Damit gelingt diesem Modell, den Prozesscharakter von Politik zu erfassen und das Zusammenspiel von Akteuren und Institutionen zu erfassen und zu beschreiben. Je nach Phase des Prozesses varrieren die Möglichkeiten der Einflussenahmen von Akteuren auf den Prozess. In der Literatur gibt es unterschiedlich umfangreiche Modell, das Schema bleibt jedoch erhalten. Das vorgestellte geht auf Korte/Fröhlich zurück.

1 Problemwahrnehmung und definition

Lösungsvorschläge

Politikformulierung

Policy-Outcome

Evaluation

Politisches Lernen

Bewertung:

Die Stärke des Policy-Cirkel besteht zunächst darin die Komplexität politischer Entscheidungen zu erfassen. Problematisch an diesem Ansatz ist jedoch, das in der Emprie Politik selten dieser idealsierten Vorstellung vom Politikablauf folgt. Zum anderen bleiben Interaktionsmodi zwischen den einzelnen Stufen unberücksichtigt.

Policy-Netzwerke

Einhergehend mit der Krititk am Phasenmodell würde versucht Politik als Policy-Netzwerk zu operationalisieren. Policy-Netzwerk-Ansätze stellen akteurspezifische Handlungsnetzwerke in den Mittelpunkt des Entscheidungsprozesses. Policy

Strukturen (Institutionen)

Regeln (Verfahren)

Akteure (Partein, Interessengruppen)

Interaktionen (Wechselbeziehung)

Theorie

Die wichtigsten Erklärungsansätze der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung sind der soziökonomische Funktionalismus, Machressorucenansätze, Parteidifferenzhypothese und institutionitische Theoriekonzepte.

Machtressourcentheorie

Parteiendifferenz

Die Parteidifferenzhypothese „partisan theory“berücksichtig die politisch-ideologische Ausrichtung der regierenden Parteien auf die Staatstätigkeit. Grundhypothese dieses Ansatzes ist die vielleicht banale Annahme das unterschiede in der Politikproduktion „Policy output“ und Resultate in der Staatstätigkeit „policy outcome“ auf das wirken ideolgisch unterschiedlicher Parteien zurückgehen

Die Parteiendifferenz kommt in unterschiedlichen Varianten vor.

Historisch geht die Parteidifferenzhypothese auf Hibbs zurück. Er untersuchte Arbeitslosenqouten und Inflationsraten in Abhängigkeit linker und rechter Regierungspolitik. Dabei konnte er zeigen, das Arbeitslosenquote und Inflationrate auf wirtschaftspolitische Entscheidungen der Regierung zurückzuführen sind. Diese wiederrum hängen von den Wählerpräferenzen ab.

Die Präferenzen

Tufte

Die Arbeiten von Tufte bauen auf der Parteidifferenzthese auf. Er teilt den Befund von Hibbs, das die programmatischen Unterschiede der Parteien

Tufte baut jedoch den Erklärungsansatz von Hibbs aus. Er ergänzt die Theorie um zwei wichtige Bestimmungsfaktoren: den Wahlzeitpunkt und das vorherschende wirtschaftspolitische Problem.

Tufte verkünft

Tufte und Hibbs legen den Grundstein für die Parteidifferenzhypothese, deren Kerngehalt darin besteht, das Regierungen einen großen Handlungsspielraum haben, ihr Programm in Regierungspolitik umzusetzen und zu wollen.

Die Staatstätigkeit vor allem von der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung bestimmt.

Theorien zur Erklärung des Rückbaus

Theorieschulen die den Aufbau des Wohlfahrtstaates erklären, versagen Mangels überzeugenden Konzepts bei der Erklärung von Rückbauprozessen. Das ist die mittlerweile klassisch gewordene These die auf Pierson zurückgeht.

Rückbau bedeutet im Kontext des Wohlfahrstaates ein vielschichtiges, komplexes und facettenreiches Phänoman dar.

Einer der zentralen Gründe, warum die klassischen Erklärungsansätze versagen, bzw. ungenau werden ist, das Rückbauprozesse im Wohlfahrtstaat anderen Logiken folgen, als die Prozesse die den Aufbau erklären. Ursächlich dafür ist, das der Rückbau viele Einzelne Parameter zugleich verändert.

Im Prozeß des Aufbaus des Sozailstaates haben sich struktiere Politikfelder herausgebildet um welche sich weitgehend stabielen Akteursbeziehungen gruppierten. Im Abbauprozess entstehen Reibungen

Zum weiteren unterscheiden sich die politischen Zielsetzungen im Rückbau. Beim Aufbau nutze Politik Zustimmung erfuhr eine Politik des Punktesammelns polics of credit claiming vollzog. In der Regel wurden große Teile der Bevölkerung einbunden und in der Regel einen großen Nutzen für die Bevölkerung darstellte während die Kosten diffus blieben.

Beim Rückbau, sehen sich die Akteure in einer anderen Situation. Die Mechnaismen des Parteiwettbewerb bestehen fort, weshalb, Politik eine Strategie der Schuldvermeidung (politics of blame avoidance). D.H Ziel ist Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen, direkt von sich zu weisen, oder die Verantwortung vielen Verantwortlichen zuweisen, breit zu streuen, damit sie als Stimmenverlust bei der nächsten Wahl auf die Partein zurückwirkt.

„Even more important are efforts to hide what is happening by fashioning proposals that lower the visibility of changes or obscure responsibility for those changes. Far more than in the era of welfare state expansions, struggles over social policy become struggles over information about the causes and consequences of policy change.“ Pierson 8

Pierson benennt dabei mögliche Strategien zur Schuldvermeidung.

* Strategies of obfuscation (Verschleierung)
* Strategies of division (Spaltung)
* Strategies of compensation (Kompensation)

Er erläut diese Stratgien: Strategie der Verschleiherung zielt darauf ab, den Informationsfluß über die negativen Auswirkungen so zu manipulieren, das ein öffentlicher Diskurs, inklusive seiner Schuldzuweisung nicht staatfindet. Merkmal ist zudem, das Verschlechterungen verschwiegen oder beschönigt werden.

Stratgie der Spaltung haben zum Ziel Gruppen von politischen Opponenten zu spalten, so das das Potenzial gemeinsamer Oppition zu verhindern.

Strategie der Kompensation, zählt die Gewährung von side payments an Gruppen von den ein besonderes hohes Mobilisierungspotenzial ausgeht

Nichtentscheidungsfindung (nondecision)

Regelbildung, Regelüberwachung, Sanktionierung von Regelverstössen.

Im Folgenden sollen Ansätze aus der vergleichenden Sozialpolitikforschung hinsichtlich ihrer Erklärungsrelevanz zum Rückbau betrachet werden.

Die aus der Wohlfahrstaatsforschung und vergleichenden Sozialpolitikforschung gewonnen Erklärungsansätze

Es bestehen eine Reihe von Gründen, warum die Erklärungsansätze, die den Wohlfahrstaatsausbau für Rückbauprozess nicht funktionieren.

Im Gegensatz zur Expansionsphase muss die Regierung in ausgebauten Wohlfahrtsstaaten auf struktuirenten Politikfeldern agieren. Hier treten ihnen jedoch konfliktfähige Akteure entgegen.

Nutzen breiter Bevölkerungskreise stieß auf diffus verteilte Kosten. Ein für den Rückbau vorherrschendens Politikmuster ist, das handelne Akteure ein Politik der Schuldvermeidung (politics of blame avoidance) verfolgen. Die Strategie äußert sich

Pierson unterteilt mögliche Strategien zur Schuldvermeidung in drei Kategorien.

Strategien der Verschleierung zielen darauf ab, den Informationsfluss über negative Auswirkungen, so zu manipulieren, das ein öffentlicher Diskurs inklusive seiner Schuldzuweisungen, garnicht erst stattfindet. Verschlechterungen werden verschwiegen oder beschönigt. Einschnitte nicht deutlich offen gelegt.

Strategien der Spaltung haben zum Ziel

Das Methodische Problem:

Welcher Logik folgt der Abbau. Einzelne Abbauprozeße zu untersuchen geht einher mit dem Risko, den Einzelfall beschreiben und erfassen zu können, jedoch keine Vergleichenden Aussagen treffen zu können. Nämlich ob auf anderen Politikfeldern ähnliche Muster auftauchen.

Wie ist Leiharbeit in einem größerem Problemkontext zu lesen?

Leiharbeit, Sozailstaat und Deruglierung.

Beispiel der Veränderung.

Sie untersucht Leiharbeit unter einem Neokoperartischen Ansatz.

Sozialflügel/Wirtschaftsflügel man könnte die Untersuchung

Es gibt Bilanzen, die diskuieren die ergebnise es outcome.

Was fehlt ist eine Erklärung, warum handeln sie nicht.

Bei der bearbeitung der Thematik Leiharbeit, hat sich eine Denkfigur als schwierig erwiesen. Sie kommt aus der Wissenschaft selbst. Um das zu illustieren: Vorraniges Vorrangiges Ziel der Politik im modernen Staat ist die Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung. Dazu ergreift die Regierung Maßnahmen, die der Privatsektor nicht – oder nicht in diesem Umfang – tätigen würde. Sie strebt damit ein Mehr an Gleichheit der Lebenschancen an und korrigiert dadurch die am Markt erzielte Verteilung der Einkommen und Lebenschancen. Aus.

Offensichtlich ist das nicht alle Maßnahmen diesem Ziel dienen.

Parteinen antworten auf gleiche Probleme mit unterschiedlichen Programmen und Massnahmen:

1. 1 BvR 84/65 –BverfGE 21/261 [↑](#footnote-ref-1)
2. 1 BvR 126/63 – BverVG 21/245 [↑](#footnote-ref-2)
3. Lesenswert dokumentiert z.B. durch den Bericht des Abgeordneten Jaschke in der Bundestagsdrucksache VI/3505 [↑](#footnote-ref-3)
4. Amt. Begr.derBReg v. 15.08.1971 Bt-drs. VI/2303, S.9 [↑](#footnote-ref-4)
5. Bundestagsdebatte, zur Verabschiedung [↑](#footnote-ref-5)
6. Kvasnicka 2008 KVASNICKA, M. (2008). Does Temporary Help Work Provide A Stepping Stone to Regular Employment? NBER-Working Paper, Nr. 13843. [↑](#footnote-ref-6)
7. Moser, Klaus und Nathalie

   Galais GALAIS, N., MOSER, K. & MÜNCHHAUSEN, G. (2006). Arbeiten, Lernen und Weiterbildung in der Zeitarbeit – Eine Befragung von Zeitarbeitnehmer/innen in Deutschland. In G. Münchhausen (Hrsg.), Kompetenzentwicklung in der Zeitarbeit - Potentiale und Grenzen (S. 161-178), Bonn. [↑](#footnote-ref-7)
8. Bergman und Pietrzyk 2000

   BERGMANN, B. & PIETRZYK, U. (2000). Lernanforderungen von Arbeitsaufgaben und

   Kom-petenzentwicklung. Arbeit, 1, S. 40-53. [↑](#footnote-ref-8)
9. Vgl. S. 31f HBS, atypische Beschäftigung [↑](#footnote-ref-9)